

---

**1359/AB XXII. GP**

---

**Eingelangt am 25.03.2004**

**Dieser Text ist elektronisch textinterpretiert. Abweichungen vom Original sind möglich.**

Die Bundesministerin für auswärtige Angelegenheiten

## **Anfragebeantwortung**

Die Abgeordneten zum Nationalrat Mag. Elisabeth Scheucher-Pichler, Kolleginnen und Kollegen haben am 28. Jänner 2004 unter der Nummer 1339/J-NR/2004 eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend Förderungen, Aufwendungen, Projekte und sonstige Leistungen des Ressorts für das Bundesland Kärnten an mich gerichtet, die folgenden Wortlaut hat:

„Welche Maßnahmen hat das Bundesministerium für Auswärtige Angelegenheiten in der XXI. und XII. Gesetzgebungsperiode gesetzt, die vor allem für das Bundesland Kärnten wirksam sind?“

Diese Anfrage beantworte ich wie folgt:

Während das Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten grundsätzlich gesamtösterreichische Interessen zu vertreten hat, können gewisse außenpolitische Initiativen und Leistungen meines Ressorts im besonderen Interesse aller oder stärker im Interesse einzelner Bundesländer stehen. So habe ich am 6. Juni 2001 die Initiative der „Regionalen Partnerschaft“ ins Leben gerufen, die nicht nur Gesamtösterreich, sondern auch allen österreichischen Bundesländern und den an Österreich grenzenden im Mai d.J. der EU beitretenden Nachbarstaaten zugute kommt.

Mein Ressort tritt im Rahmen der EU konsequent für die Verankerung von Anliegen der Regionen und Länder und für die Einbindung der regionalen und kommunalen Ebene ein. Auch die vom Außenministerium wahrgenommene, zusammenfassende Betreuung der Angelegenheiten der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit zwischen den Gebietskörperschaften und den ihnen angrenzenden Staaten ist für die Bundesländer von wesentlicher Relevanz: Für Kärnten bedeutet dies konkret, dass die weitere Intensivierung der regionalen Zusammenarbeit mit Italien und Slowenien mit der Zielsetzung der Förderung von gutnachbarschaftlichen Beziehungen und stabilem Wirtschaftswachstum auf beiden Seiten der Grenze als politische Priorität wahrgenommen wird.

Meine intensiven Bemühungen gegenüber Slowenien - es kam in den vergangenen 3 Jahren zu etwa 20 Treffen mit meinem slowenischen Kollegen - haben zu gegenseitigem Vertrauen und Wertschätzung geführt. Eine Reihe konkreter Maßnahmen hat außerdem zu einer positiven Entwicklung in den bilateralen Beziehungen beigetragen: Abschluss des Kulturabkommens im Jahr 2002, bewusste und massive Hilfestellung in der EU-Kandidatenphase, substantielle österreichische Beteiligung an den beiden großen humanitären Initiativen Sloweniens, dem ITF (Entminung) und der Stiftung „Together“ (gemeinsame Irak-Initiative) u.a. mehr.

Das Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten hat weiters am Zustandekommen einer pragmatischen Lösung der offenen Archivfragen zwischen dem Kärntner Landesarchiv und dem Archiv der Republik Slowenien mitgewirkt und in diesem Zusammenhang 2001 für die Herstellung von an das Archiv der Republik Slowenien zu übergebenden Archivalienkopien dem Kärntner Landesarchiv, gemäß einer von diesem gelegten Rechnung, öS 62.989,- zur Verfügung gestellt.

Im Rahmen der 19. Tagung der Zwischenstaatlichen Kommission für den Karawankentunnel am 24. Oktober 2002 gelang die Finalisierung des Vertrages mit Slowenien über die Gefahrguttransporte durch den Karawankentunnel. Dadurch konnte der Vertrag im April 2003 von den Verkehrsministern Österreichs und Sloweniens unterzeichnet werden und am 1. Juni 2003 in Kraft treten. Durch die Bestimmungen des Vertrages - darunter das verbindliche Geleit von Gefahrguttransporten durch den Tunnel - wird die Sicherheit des Karawankentunnels wesentlich erhöht.

Darüber hinaus wurden zur Erleichterung des Grenzverkehrs zwischen Kärnten und Slowenien folgende Verträge abgeschlossen (in Klammer die Unterzeichnungs- und Inkraftsetzungsdaten):

- Vereinbarung zwischen der Österreichischen Bundesregierung und der Regierung der Republik Slowenien zur Errichtung einer gemeinsamen Grenzabfertigungsstelle auf dem slowenischen Staatsgebiet beim Grenzübergang Paulitschsattel - Pavlicevo sedlo. (26.04.2001,01.06.2001)
- Vereinbarung zwischen der Österreichischen Bundesregierung und der Regierung der Republik Slowenien über Erleichterungen der Grenzabfertigung im Eisenbahnverkehr zwischen den Bahnhöfen Spielfeld und Maribor. (08.05.2001,01.06.2001)
- Vereinbarung zwischen der Österreichischen Bundesregierung und der Regierung der Republik Slowenien über Erleichterungen der Grenzabfertigung im Eisenbahnverkehr zwischen den Bahnhöfen Villach und Jesenice. (08.05.2001, 01.06.2001)
- Ferner wurde entsprechend den Wünschen der Kärntner Landesregierung ein Abkommen der Österreichischen Bundesregierung und der Regierung der Republik Slowenien zur Änderung des Abkommens über den alpinen Touristenverkehr im Grenzverkehr am 5.7.2001 unterzeichnet, welches am 1.7.2002 in Kraft trat.

Insgesamt konnte eine deutliche Verbesserung der Beziehungen zum Nachbarland Slowenien erreicht werden, die zweifelsfrei zu Vorteilen und wirtschaftlichen Gewinnen für das Bundesland Kärnten und seiner Bevölkerung beigetragen hat.

Betreffend Italien habe ich mich nach den schweren Unwettern, die am 29. August 2003 Teile von Friaul - Julisch Venetien schwer in Mitleidenschaft gezogen und zur Sperre der Strasse über den Passo Pramollo / das Nassfeld auf der italienischen Seite der Grenze geführt haben, durch intensive Interventionen bei den italienischen politischen Verantwortlichen auf den diversen nationalen und regionalen Ebenen dafür eingesetzt, dass diese Straße möglichst rasch wieder geöffnet wird, um durch das absehbare Ausbleiben des größten Teils der italienischen Besucher gravierende wirtschaftliche Verluste der Tourismusregion Nassfeld in der Wintertourismussaison 2003/2004 zu vermeiden sowie eine drohende erhebliche Verschlechterung der Verkehrssituation auf den verbleibenden Passstrassen zwischen Kärnten und der Region Friaul - Julisch Venetien hintan zu halten. Es ist gelungen, die italienische

Seite zu raschem Handeln zu bewegen und die Wiedereröffnung einer Behelfsstraße bereits Anfang Dezember 2003 sicherzustellen. Nach Abschluss der geologischen Gutachten und weiteren Sicherungsmaßnahmen soll die Straße auf dem italienischen Teil des Passes im Laufe d.J. gänzlich saniert werden. Die Bundesregierung hat im übrigen 200.000,-- Euro für Soforthilfsmaßnahmen im Kanaltal zur Verfügung gestellt.

Das Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten organisiert gemeinsam mit dem Bundeskanzleramt/Verfassungsdienst seit Jahren in regelmäßigen Abständen Paketsitzungen über die Anwendung des Gemeinschaftsrechts in Österreich, und zwar v.a. in den Bereichen Umweltrecht und freier Warenverkehr / öffentliches Auftragswesen. Zu den Paketsitzungen laden Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten und Bundeskanzleramt die für die dabei behandelten Fälle bzw. Sachmaterien zuständigen Vertreter der Europäischen Kommission, schwerpunktmäßig die Generaldirektionen Binnenmarkt und / oder Umwelt, auf der einen Seite, und Vertreter der zuständigen Bundesministerien / Zentralstellen des Bundes und Ämter der Landesregierungen / Landesinstitutionen auf der anderen Seite ein. Ziel der Paketsitzungen ist es, die Anwendung und Umsetzung des Gemeinschaftsrechts in Österreich auf dem betroffenen Sachgebiet durch eine Aussprache zu fördern und zu beschleunigen. Gegenstand des Informationsaustausches sind dabei sowohl neue Beschwerdefälle bzw. bereits anhängige Vertragsverletzungs-verfahren als auch die Transformation der einschlägigen Rechtsakte der EU in das österreichische Recht, sowie Informationspunkte über relevante Entwicklungen auf europäischer Ebene. Diese Paketsitzungen haben einen bedeutenden Beitrag bei der praktischen Durchsetzung der Gemeinschaftsgesetzgebung in Österreich und zu einer informellen Lösung zahlreicher Fälle geleistet, in denen die Europäische Kommission von der Einleitung von Vertragsverletzungsverfahren gegen Österreich absehen konnte. Dabei wurden auch in die Zuständigkeit des Landes Kärnten fallende Fälle behandelt, zuletzt bei der Paketsitzung „Umwelt“ am 10. November 2003, an der auch Vertreter des Amtes der Kärntner Landesregierung teilnahmen.

Im Rahmen der Auslandskultur wurden vom Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten ab 29. Oktober 1999 für Förderungen und Aufwendungen für direkt dem Bundesland Kärnten zurechenbare Projekte die folgenden Beträge eingesetzt:

2000	ATS	645.639,45
2001	ATS	659.624,92
2002	€	41.798,64
2003	€	55.747,55

Auslandsreisen von RepräsentantInnen der österreichischen Bundesländer werden von den österreichischen Vertretungsbehörden im Ausland in direktem Kontakt oder im Wege des Bundesministeriums für auswärtige Angelegenheiten unterstützt.

Aufgrund der Fülle der Aktivitäten meines Ressorts können nur einzelne Beispiele hervorgehoben werden. Viele Dienstleistungen und Tätigkeiten meines Ressorts, etwa hinsichtlich der konsularischen Hilfeleistungen für in Not geratene Staatsbürger, der protokollarischen Betreuung österreichischer Delegationen oder der finanziellen Unterstützung von Einzelpersonen oder Vereinen im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit oder der Auslandskulturpolitik, sind nicht länderspezifisch ausgerichtet, werden aber häufig auf direktes Ersuchen, in Zusammenarbeit oder in Abstimmung mit den Bundesländern, darunter auch Kärnten, erbracht.